

»Saatgut AG nicht ausbremsen«

Grüne rügen SPD: Wertvolle Zeit fürs Unternehmen verspielt

Echzell (pm/dab). Die Grünen werfen der SPD vor, die Standorterweiterung der Saatgut AG Bingenheim auszubremsen. Das Thema hätte am Montag in der Gemeindevertretung diskutiert werden sollen. Die SPD hatte den Tagesordnungspunkt aber mit ihrer Mehrheit abgesetzt, mit der Begründung, es gebe noch offene Fragen (die WZ berichtete). »Wie geht es jetzt weiter?« wollen die Grünen von den Sozialdemokraten wissen.

»Die Saatgut AG kann ohne Rückendeckung der Gemeindevertretung keine Bürgerversammlung veranstalten. Die Gemeindevertreter können sich im Rahmen einer Sitzung keine fundierten Meinungen bilden. Es werden keine Entscheidungen getroffen. Die Fragen bleiben unbeantwortet«, schreibt Grünen-Vorsitzende Olga Bernardelli in einer Pressemitteilung. Sie betont, die Grünen stünden einer Erweiterung offen gegenüber und hätten gerne mehr erfahren.

In der Vorlage des Gemeindevorstands ging es um die Änderung des Bebauungs- und Flächennutzungsplans »Auf den achtzehn Morgen«. Der Antrag hatte zum Ziel, der Saatgut AG durch die Ausweisung eines Sondergebiets langfristige Erweiterungen des Produktionsstandorts zu ermöglichen.

»Die Gemeindevertretung sollte grünes Licht geben, um die notwendigen Prüfungen und die Beteiligung der Öffentlichkeit einzuleiten. Mit den dann erworbenen Informationen kann später über die Machbarkeit des Vorhabens beraten und entschieden werden«, sagt Bernardelli. »Durch das aus unserer Sicht völlig unnötige Ausbremsen durch die SPD wird jetzt wertvolle Zeit für das Unternehmen verspielt.«

Die Saatgut AG sei ein Unternehmen von internationalem Rang, das Saatgut ohne gentechnische Veränderungen erhalte, züchte und ohne den Einsatz von chemischen Stoffen haltbar mache und gegen Schädlinge schütze. »Das ist einzigartig und vorbildlich für Mensch und Natur«, lobt Bernardelli.

Nicht nur wegen der Umweltverträglichkeit, sondern auch als Arbeitgeber und Gewerbesteuerzahler sei die Saatgut AG ein begehrtes Unternehmen. »Andere Gemeinden würden sich wahrscheinlich sehr kooperativ zeigen, wollte das Unternehmen sich anderweitig ansiedeln«, vermutet Bernardelli. Die Grünen appellierten daher an die SPD, die Standortsicherung »nicht durch unnötigen, völlig überflüssigen Parteik(r)ampf aufs Spiel zu setzen«.